

## Frankfurt, 21. Oktober.

Die Welt ist in ihren tiefsten Festschüttert. Die uns verbündete Großmacht Oesterreich-Ungarn steht mitten im Zerfall. Unser deutsches Vaterland kämpft bereits auf dem letzten Walle gegen eine Katastrophe, von deren drohender Furchtbarkeit die meisten Menschen erstaunlicherweise sich immer noch keine ernsthafte Vorstellung machen. Mit einem unserer Gegner verhandeln wir über einen Rechtsfrieden. Ob auch nur dieser eine seinen laut verkündeten Grundsätzen Treue halten wird, wissen wir nicht. Daß aber unter seinen Alliierten der Wille, Deutschland zu vernichten, immer unverhüllt, immer rücksichtslos, immer entschlossener in den Vordergrund tritt, das können wir jeden Tag weniger übersehen. Noch sind wir nicht wehrlos, nicht militärisch und nicht politisch, und es stände uns schlecht an, an uns selbst zu verzweifeln. Wohl aber ist heute die Pflicht der Menschen, die Geschehnisse dieser Tage und die sich eröffnenden Aussichten bis in die schlimmsten Möglichkeiten hinein ernst zu nehmen. Das alte Habsburgerreich wird nicht von außen zerschlagen. Wenn es sich auflöst, tut es das, weil seinen Völkern der Wille zum gemeinsamen Leben fehlt. Unser Deutsches Reich ist nur von einem Walle bewohnt, und der Wille zur Einheit ist uns allen, zuweilen mehr, als wir wissen, selbstverständliche Grundlage unseres politischen Handelns, unseres ganzen Daseins. Eben deshalb rüstet sich der Berichtswille unserer Feinde, gerade gegen diese deutsche Einheit Sturm zu laufen. Wenn die Meldung eines holländischen Blattes zutrifft, hätte kürzlich selbst der Führer des englischen Liberalismus die Wiederauflösung des Deutschen Reiches in Einzelstaaten als Kriegsziel aufgestellt. Wir halten Herrn Asquith für zu klug, um ihm die Meinung zuzutrauen, ein Volk wie das deutsche könne gegen seinen Willen in Stücke geschlagen und in Stücke erhalten werden. Hat er jenes Ziel aufgestellt, so dürfte er zu seiner Erreichung weniger an Mittel der Gewalt als an die der Intrige gedacht haben. Wenn es jetzt zur Auflösung der alten Donaumonarchie kommt und die Deutsch-Oesterreicher bei ihren Volksgenossen im Reiche Anschluß suchen, so mögen sich daraus Verschiebungen des geographischen, konfessionellen, politischen Schwergewichts im Reiche ergeben, welche unseren Segnern den Gedanken an jene Intrigen und an Versuche innerer Zersetzung im deutschen Volke nahelegen können. Unsere Sicherheit gegenüber solchen Versuchen muß in der Klarheit liegen, mit der wir allen Möglichkeiten ins Auge sehen, und in dem festen Willen, ein Volk zu bleiben.

Dieser Wille, die deutsche Einheit, für die unsere Väter sechs Jahrzehnte hindurch gekämpft und gelitten haben, fest zu bewahren, ist uns allen gemeinsam. Er wird auch nicht durch einzelne partikularistische Stimmungen aufgehoben oder gefährdet, die gerade während des Krieges und als Folge mancher Kriegsanstände wieder lebhafter ihre Stimme erhoben haben. Diese vier Kriegsjahre haben an unserer Nervenkraft so gezehrt, daß wir wie im Einzelleben, in Familie und Beruf, so auch im Volksleben Verärgerungen und Stimmungen zugänglich geworden sind, die in normalen Zeiten wieder verschwinden und die jedenfalls so feste Wurzeln nicht herausreißen werden wie die unseres Willens zur deutschen Einheit. In der vergangenen Woche hat der bayerische Ministerpräsident darüber manches Gute gesagt und vor allem ein starkes und lebendiges Bekenntnis zum Reiche abgelegt. Bei anderen Sätzen seiner Rede haben wir allerdings die Empfindung gehabt, daß er dem Ernst unserer Lage, der weltgeschichtlichen Größe alles dessen, was wir heute erleben, nicht ganz gerecht wurde. Herr von Dandl hat sich in erster Linie um den bundesstaatlichen Charakter des Reiches besorgt gezeigt; und auch aus der Stellungnahme Bayerns im Bundesrate geht hervor, daß man aus der Frage, ob einzelne Verfassungsartikel abgeändert werden oder nicht, ernsthafte Gefahren für das Gewicht und die Selbständigkeit der Bundesstaaten erwachsen sieht. Das ist nun doch eine allzu enge und ängstliche Betrachtungsweise. Die Stellung der Bundesstaaten im Reiche beruht nicht auf geschriebenen Paragraphen, sie ist viel tiefer begründet, in geistig politischen und in wirtschaftlichen Tatsachen. Gerade die süddeutschen Staaten scheinen uns heute am wenigsten Grund zu Befürchtungen zu haben. Je demokratischer Deutschland wird, desto mehr verteilt sich das Schwergewicht des geistigen, des politischen Lebens, das bis-

her mehr in Preußen lag, über das ganze Reich, desto stärker wird der Süden mit seiner alteingewachsenen demokratischen Tradition zur Geltung kommen. Daß heute die Regierung des Reiches vorwiegend aus Süddeutschen besteht, daß sogar das preussische Staatsministerium sich gewöhnt hat, unter süddeutschem Vorsitz zu tagen, ist natürlich ein Übergangszustand (den niemand zum dauernden machen will), aber ein bezeichnender Übergang. Ist früher zuweilen gesagt worden, daß Bismarck es fertig gebracht habe, entgegen alten Volksströmungen Deutschland in Preußen aufgehen zu lassen, so erleben wir heute mit der Entwicklung zum demokratischen Volksstaat etwas, das mit ähnlichem Recht als ein Aufgehen Preußens in Deutschland bezeichnet werden darf.

Herr von Dandl hat in jener Rede auch von den schweren, harten Zeiten gesprochen, denen wir entgegengehen. Es wird in der Tat in Deutschland sehr intensiv gearbeitet werden müssen, um die Folgen dieses Krieges zu überwinden. Intensiveres Arbeiten, das bedeutet aber unweigerlich gleichmäßigere Verteilung der Arbeitsintensität über das ganze Reichsgebiet. Landschaften und Volksteile, die bisher gemächlicher zu leben verstanden und vorzogen, werden ein ganz neues Tempo des Arbeitens und Wirtschaftens einschlagen müssen. Auch aus dieser Entwicklung wird sich ein Anwachsen der wirtschaftlichen Bedeutung gerade Bayerns ergeben. Solche natürliche und lebendige Faktoren sind es, auf die das Gewicht der deutschen Bundesstaaten fest gegründet ist, und das ängstliche Anklammern an einzelne Paragraphen erscheint uns demgegenüber fast wie ein Mangel an Selbst- und Kraftbewußtsein.

Ist aber nicht die ganze Sorge um einzelstaatliche Gerechtigkeiten in Deutschland heute durchaus fehl am Ort, wo die Sorge um Unversehrtheit und nacktes Dasein des Reiches selbst uns alle bis in die letzten Tiefen erfüllen und aufwählen muß? Gerade was die Sorge um Unversehrtheit deutschen Bodens angeht, kann ja nicht übersehen werden, daß die Geltendmachung dynastischer Sonderinteressen ernste Gefahren für uns herausbeschworen hat. Ohne das Wiederaufleben dieser Interessen im vergangenen Jahre würde Elsaß-Lothringen wohl unter der Kanzlerschaft des Dr. Michaelis die Autonomie erhalten haben und das Grenzland würde uns heute mit Herz und Verstand ganz anders verbunden sein, als es nun der Fall ist. Das darf nicht verschwiegen werden, und es mag uns allen zur Warnung dienen, partikularistischen Sonderinteressen und Stimmungen in dieser Zeit lebensgefährlichsten Endkampfes nicht zu breiten Raum zu lassen. Es geht heute um die Existenz des Reiches, es geht um die Grundlage der Existenz jedes Einzelnen von uns. Aber wir sind fest davon überzeugt, daß es weder der Gewalt noch den Intrigen unserer Feinde gelingen wird, den Bau des Deutschen Reiches zu erschüttern.